

TOP: 9

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-91-2016

Federführendes Amt :Bauamt

13.10.2016

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	26.10.2016					
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremen für den Ortsteil Kremen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremen für den Ortsteil Kremen vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 15.10.2015 die Aufstellung der 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen beschlossen.

Mit der Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Stadt Kremmen werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 60 "Ziegeleiweg" der Stadt Kremmen geschaffen. Die 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren zum Bebauungsplanverfahren.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfs der 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen in der Zeit vom 04.11.2015 bis einschließlich 04.12.2015 im Rathaus der Stadt Kremmen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 03.11.2015 mit Fristablauf zum 16.11.2015.

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Ergebnisse der Auswertung der im Rahmen der Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen werden in der Entwurfsfassung zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen berücksichtigt, welche in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen am 16. Juni 2016 gebilligt wurde.

Anlage

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (Abwägungsvorlage).

gez. Susanne Tamms
Bau- und Ordnungsamtsleiterin

.....

.....

Anlage

Flächennutzungsplan der Stadt Kremmen, 13. Änderung

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vom 3. November mit Frist bis zum 16. November 2015

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 15. Oktober 2015 die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt beschlossen.
Zeitgleich wurde der Vorentwurf des Bebauungsplans **Nr. 60 "Ziegeleiweg"** gebilligt.

Der Vorentwurf zum geänderten Flächennutzungsplan sowie der Vorentwurf des Bebauungsplans wurde in der Zeit vom 4. November 2015 bis einschließlich 4. Dezember 2015 öffentlich ausgelegt. Während dieser Frist konnte die Öffentlichkeit Einsicht in die Planung nehmen und Anregungen abgeben.

Während der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen mit Anregungen aus der Öffentlichkeit zur Änderung des FNP eingegangen.

Mit Schreiben vom 3. November 2015 wurden 28 Behörden und sonstige Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, an der Bauleitplanung beteiligt. Für Stellungnahmen wurde eine Frist bis zum 16. November 2015 gesetzt.

Von den Behörden bzw. sonstigen Trägern öffentlicher Belange, haben 11 Träger eine Stellungnahme auch zum FNP abgegeben. 5 Nachbargemeinden haben sich zu der Planung geäußert.

Die zum FNP abgegebenen Stellungnahmen werden im Einzelnen aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Abwägung zum parallel im Verfahren befindlichen Bebauungsplan Nr. 60 „Ziegeleiweg“ verwiesen.

Im Ergebnis der Abwägung zum Flächennutzungsplan erfolgen Korrekturen in der Planzeichnung im Hinblick auf eine Verbesserung der Lesbarkeit. Die Begründung wird in einzelnen Punkten zu Zielen und Erforderlichkeit der Planung ergänzt. Die Prüfung einer möglichen Standortalternative wird angefügt. Im Rahmen der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung erfolgte die Darlegung über die Anpassung der Planung an die Ziele der Raumordnung auf der Grundlage der möglichen Entwicklungsoptionen der Stadt Kremmen.

Die Beteiligung der Nachbargemeinden erfolgte im Zuge der frühzeitigen Behördenbeteiligung. Die Nachbargemeinden sind im Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung von der Planung nicht berührt.

A Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen

Stellungnahmen der Behörden

Stellungnahme	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Stellungnahme zum Bauleitplan
100	Landkreis-Behörden		
101	Landkreis Oberhavel,	30.11.2015 01.12.2015	zum Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan
102	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	26.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
200	Landesbehörden Brandenburg		
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	2.12.2015, 30.03.2016	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
202	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde Oberförsterei Neuendorf	30.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
203	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Baudenkmalpflege	-	ohne Antwort
204	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmal- pflege	26.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
205	Landesamt für Bauen und Verkehr, Hoppegarten	26.11.2015	zum Bebauungsplan
206	Landesbetrieb Straßenwesen	-	ohne Antwort
207	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuerung	22.12.2015	zum Bebauungsplan
208	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	30.11.2015	zum Bebauungsplan
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Regionalabteilung West	1.12.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
210	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittel- beseitigungsdienst	23.11.2015	zum Bebauungsplan und zum Flächennutzungsplan
400	Ver- und Entsorgungsbetriebe		
401	Zweckverband Kremmen	-	ohne Antwort
402	E.DIS AG, Regionalbereich West Bran- denburg	19.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
404	GDMcom Gesellschaft für Dokumentati- on und Telekommunikation mbH	24.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
405	NBB Netzgesellschaft Berlin- Brandenburg mbH & Co.KG	1.12.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan

Stellungnahme	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Stellungnahme zum Bauleitplan
406	Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH	-	ohne Antwort
407	OWA GmbH - Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	23.11.2015	zum Bebauungsplan
408	Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel	-	ohne Antwort
500	Kirchen, Kammern, Vereine und Verbände		
507	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR	4.12.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
600	Nachbargemeinden		
601	Gemeinde Löwenberger Land	-	ohne Antwort
602	Stadt Oranienburg	26.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
603	Gemeinde Oberkrämer	19.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
604	Stadt Nauen	20.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
605	Gemeinde Fehrbellin	26.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
606	Fontanestadt Neuruppin	-	ohne Antwort
607	Lindow (Mark)	19.11.2015	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
700	Private		
701	Alten- und Pflegeheim Kremmen	-	zum Bebauungsplan

Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kremen im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
101	Landkreis Oberhavel	30.11.15	Einwendungen zum Bebauungsplan	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
101	Landkreis Oberhavel	01.12.15	Anmerkungen zum Flächennutzungsplan Zum vorliegenden Entwurf werden von Seiten des Landkreises Oberhavel nachfolgende Anmerkungen gemacht. Ich bitte Sie, diese in den Abwägungsprozess einzubeziehen.	
	Bereich Planung		Zum Planwerk a) Im Planwerk wurden nur wenige der verwendeten Planzeichen der rechtskräftigen Planfassung "Bestand FNP (Stand März 2001)" sowie der "FNP-Änderung 13/2015" in der Zeichenerklärung angeführt und erklärt. Grundsätzlich sind aus Gründen der Anstoßwirkung alle verwendeten Planzeichen/Darstellungen in der Zeichenerklärung zu erklären.	a) Vorentwurf und Entwurf der 13. Änderung werden jeweils in einem Ausschnitt des FNP mit Abgrenzung des Änderungsbereiches und einer Darstellung Vorher/Nachher dargestellt. Die in den Ausschnitten vorhandenen Planzeichen werden in der Entwurfsfassung erklärt. Der Plan wird um die fehlenden Planzeichen ergänzt.
			b) In der Zeichenerklärung erfolgte eine Zuordnung des Planzeichens "Wohnbaufläche" zum "Maß der baulichen Nutzung". Gemäß § 1 Abs. 1 BauNVO können im Flächennutzungsplan die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nach der allgemeinen Art ihrer baulichen Nutzung (Bauflächen) dargestellt werden. Die Darstellung "Wohnbaufläche" definiert die allgemeine Art der Nutzung. Hier besteht zwingend Korrekturbedarf.	b) Die Planzeichnung mit der Darstellung zur Art der baulichen Nutzung wird korrigiert.
			c) Im rechtskräftigen FNP wurden oberirdische und unterirdische Hauptleitungen dargestellt, welche den Änderungsbereich queren. In der FNP-Änderung 13/2015 erfolgte keine Darstellung dieser Leitungen. Auch hier besteht Prüfungsbedarf	c) Mit Umsetzung der Planung werden Verlegungen erforderlich, daher erfolgt keine Darstellung der Leitungen im Änderungsbereich des FNP..
			d) Der Ursprung (Bezeichnung) des Kartenausschnittes "Bestand FNP (Stand März 2001)" ist nicht zweifelsfrei ableitbar. Die Stadt Kremen besteht aus mehreren Ortsteilen, mit jeweils eigenständigen rechtskräftigen (Teil-)Flächennutzungsplänen. Die Angabe sollte untersetzt werden. 1.1.2 Zum Begründungstext	d) Zur Verdeutlichung des „Ursprungs“ des Kartenauszugs wird die Bestandsdarstellung entsprechend als „Bestand eigenständiger Teilflächennutzungsplan (FNP) der Stadt Kremen bezeichnet.

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>a) Inhalte des Begründungstextes Mit der Begründung sind die Ziele und Zwecke der Flächennutzungsplanung, die Planungsabsichten der Gemeinde sowie wesentliche Auswirkungen darzulegen. Im vorliegenden Begründungstext wurden keinerlei Aussagen zur konkreten Standortwahl, erfolgter Standortanalysen oder zur Einordnung der Fläche innerhalb der Gemeindegebietsflächen (Stadt- und Ortsteile) getroffen. Es fehlen auch Aussagen zur städtebaulichen Einordnung und Entwicklung im Gesamtgefüge der Stadt und ihrer Ortsteile. Der rechtskräftige FNP für die Stadt Kremmen stellt beispielsweise bereits erhebliche Wohnbauflächenpotentiale im Bereich der "Heinigswiesen" dar. Warum eine Inanspruchnahme hier nicht möglich ist, bzw. der jetzt zu beanspruchende Standort favorisiert wird, wird nicht erläutert. Die Begründung dient dem Verständnis und der Auslegung der Darstellungen des FNP. Hier sind zwingend Aussagen zu ergänzen. Eine Standortalternativenprüfung ist durchzuführen.</p>	<p>a) Die Planungsziele der Stadt Kremmen haben sich im Hinblick auf die Entwicklung von Wohnbauflächen geändert. Die getroffene Standortwahl ergibt sich aus der Nutzbarkeit und Vermarktbarkeit von Flächen in der Stadt Kremmen. In der Begründung werden entsprechende Aussagen zur Standortwahl und zur Einordnung der Flächen innerhalb des Gemeindegebietes auch vor dem Hintergrund der im LEP B-B festgelegten Entwicklungsoptionen und möglicher Standortalternativen ergänzt.</p>
			<p>b) Erforderlichkeit der Planung Die Gemeinden haben nach § 1 Abs. 3 BauGB Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Planungsbefugnis und Planungspflicht sind an das Erfordernis der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung gebunden. Liegt eine die Erforderlichkeit begründende Situation vor, besteht eine Befugnis sowie eine Pflicht der Gemeinde, planerische Überlegungen aufzustellen. Einzubeziehende in die Beurteilung der Erforderlichkeit einer Bauleitplanung sind neben der planerischen Konzeption auch die aus § 1 Abs. 5, Abs. 6 und § 1a Abs. 2 Satz 4 BauGB maßgeblichen planungsrechtlichen Anforderungen. Der Begründungstext enthält hierzu keinerlei Aussagen. Es besteht Ergänzungsbedarf.</p>	<p>b) Kenntnisnahme. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 60 "Ziegeleiweg" drückt die Gemeinde ihren Willen zur planerischen Entwicklung eines Wohngebietes aus. Diese Planung fügt sich nicht in die ursprüngliche FNP-Planung ein. Die veränderten Planungsziele machen eine Anpassung des Flächennutzungsplans in einer Teilfläche erforderlich. Nach § 8 Abs. 3 BauGB kann mit der Aufstellung eines Bebauungsplans gleichzeitig auch der Flächennutzungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt werden. Dies erfolgt mit der vorgesehenen 13. Änderung des FNP für einen Teilbereich in der Stadt Kremmen Die Begründung wird</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
				entsprechend ergänzt
	UNB		Aufgrund fehlender Unterlagen kann der vorliegende Entwurf der 13. Änderung des FNP naturschutzrechtlich nicht abschließend beurteilt werden.	Der Begründung zur 13. Änderung des FNP liegt ein Umweltbericht im Stand der Vorentwurfsfassung bei. Da die 13. Änderung des FNP im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 60 „Ziegeleiweg“ erfolgt, wird auf die Abschichtungsregelung zurückgegriffen. Der Umweltbericht einschließlich der Eingriffsregelungen sowie des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags ergänzen im konkreten Fall die bisher im Umweltbericht getroffenen Aussagen. Der Umweltbericht wird fortgeschrieben.
	Bereich Landwirtschaft		Teile der betroffenen Grundstücke werden bisher landwirtschaftlich genutzt. Die Flächen grenzen an die vorhandene Bebauung an. Aufgrund der Lage und des Umfangs der in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Flächen ergeben sich aus der Sicht des Bereiches Landwirtschaft keine Einwände zum Vorhaben.	Kenntnisnahme. Abwägung nicht erforderlich
102	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	26.11.15	Die Vorentwürfe des Bebauungsplanes "Ziegeleiweg" und der Änderung 13/2015 des Flächennutzungsplanes der Stadt Kremmen sind mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.	Kenntnisnahme der Vereinbarkeit. Abwägung nicht erforderlich
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	02.12.15	Planungsabsicht Entwicklung eines Wohngebietes in dem ca. 3,5 ha großen, bisher unbebauten und landwirtschaftlich genutzten Plangebiet westlich des Bahnhofs Kremmen. Beurteilung der Planungsabsicht <u>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</u> Nachdem der LEP B-B am 02.06.2015 rückwirkend wieder in Kraft getreten ist, ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung im Sinne des § 3 Nr. 1 ROG für diese Planung der Stadt Kremmen insbesondere aus - dem Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) und - der Verordnung über den Landesentwick-	Kenntnisnahme

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			lungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 27.05.2015 (GVBl. II Nr. 24), in Kraft getreten mit Wirkung vom 15.05.2009.	
			<u>Bewertung</u> Die Anpassung der Planungsabsicht an die Ziele der Raumordnung kann derzeit nicht festgestellt werden.	Bezüglich der Vereinbarkeit der Ziele der Raumordnung mit dem Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" wurde der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung dargelegt, dass mit der Festsetzung des Wohngebietes im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 60 die zusätzliche Entwicklungsoption gemäß LEP B-B nicht überschritten wird.
			Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung haben wir der Stadt Kremmen bereits mit Schreiben vom 02.03.2010 zur ursprünglichen Planung (BP Nr. 40 „Ziegeleiweg Nordost“) mitgeteilt. Nachdem der LEP B-B wieder in Kraft gesetzt wurde, haben die Inhalte dieses Schreibens auch für das jetzt vergrößerte Plangebiet Gültigkeit.	Kenntnisnahme
			Das Plangebiet ist aufgrund seiner räumlichen Nähe zum Bahnhof Kremmen für eine Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen geeignet und entspricht insoweit auch Grundsätzen der Raumordnung. Allerdings ist für uns nicht erkennbar, dass es sich in diesem Fall um „Innenentwicklung“ im Sinne der landesplanerischen Regelungen handelt. Das Verfahren nach § 13a BauGB ist nach den vorliegenden Unterlagen nicht anwendbar und um einen „Außenbereich im Innenbereich“ handelt es sich nach unserer Auffassung auch nicht. Hinweise	Kenntnisnahme. Das Plangebiet wird derzeit dem Außenbereich zugeordnet, der im Parallelverfahren in Aufstellung befindliche Bebauungsplan wird im Regelverfahren durchgeführt. Das Verfahren nach 13 a BauGB wird nicht angewendet.
			Für die Anpassung an die Ziele der Raumordnung kommt es daher insbesondere darauf an, dass mit der Festsetzung von ca. 2,9 ha neuen Wohnsiedlungsflächen die zusätzliche Entwicklungsoption (ca. 3,7 ha in der Gemeinde insgesamt) nicht überschritten wird. Das erscheint vor dem Hintergrund weiterer Planun-	Es erfolgt eine Darlegung der gemäß dem LEP B-B möglichen Entwicklungsoptionen der Stadt Kremmen vor dem Hintergrund der derzeit festgesetzten oder in Aufstellung

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>gen in der Stadt Kremmen zweifelhaft. Nach unserem Kenntnisstand muss bereits für die Umsetzung folgender Planungen ggf, die zusätzliche Entwicklungsoption in Anspruch genommen werden: 1,5 ha im BP „Wohnungsbau am Ziegeleiweg“; 0,3 ha im BP Nr. 51 „Chausseestraße“; 0,7 ha im BP Nr. 57 „Am Sitteiskanal“.</p> <p>Da weitere Planungsabsichten in Kremmen bestehen (Bebauungsplan-Verfahren, die bisher weder zur Rechtskraft geführt noch eingestellt wurden) und auch der Flächennutzungsplan (bzw. die Flächennutzungspläne der früher selbständigen Gemeinden) zusätzliche Wohnsiedlungsflächen darstellt, die möglicherweise nicht den Kriterien der Innenentwicklung entsprechen, empfehlen wir eine Überprüfung der Entwicklungsziele und eine Schwerpunktsetzung in der Gemeinde insgesamt, um die Anpassung der Bauleitpläne an die aktuellen Ziele der Raumordnung sicherzustellen und nachvollziehbar zu machen.</p> <p>Im weiteren Verfahren ist deshalb die Einhaltung der maximal zulässigen Obergrenze für neue Wohnsiedlungsflächennachvollziehbar darzulegen.</p>	<p>befindlichen Pläne.</p> <p>Auf der Grundlage der vorgelegten Aufstellung erfolgte eine weitere Stellungnahme durch die Gemeinsamen Landesplanungsabteilung mit Schreiben vom 30. März 2016.</p> <p>Danach kann eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung für den BP Nr. 60 „Ziegeleiweg“ dann festgestellt werden, wenn der Geltungsbereich des 2004 aufgestellten BP Nr. 40 „Wohnungsbau am Ziegeleiweg“ vollständig im Geltungsbereich des BP Nr. 60 „Ziegeleiweg“ aufgegangen ist und/oder das „alte“ BP-Verfahren eingestellt worden ist.</p> <p>(Die Bezeichnung Nr. 40 bezieht sich auf den ehemaligen Bebauungsplan "Ziegeleiweg Nordost". Der jetzige Bebauungsplan "Ziegeleiweg" wird mit der Nr. 60 weitergeführt).</p> <p>vgl. Stellungnahme vom 30.03.2016</p>
			<p>Die Grundsätze zur vorrangigen Innenentwicklung (§ 5 Abs. 1-3 LEPro 2007 und 4,1 LEP B-B) sowie zur integrierten Freiraumentwicklung (§ 6 Abs. 1 und 2 LEPro 2007 und 5.1 LEP B-B) sind angemessen zu berücksichtigen,</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen</p>
			<p>Möglicherweise ist unser Kenntnisstand zu weiteren Planungen in der Stadt Kremmen nicht aktuell; sofern sich die Planungsvorstellungen oder Prioritäten bei der Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen verändert haben, bitten wir um eine entsprechende Information.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			Gerne erörtern wir die Situation - auch im Zusammenhang mit den anderen Planungen innerhalb der Stadt Kremmen - in einem gemeinsamen Gespräch.	
			Derzeit wird der Regionalplan "Freiraum und Windenergie" der Region Prignitz-Oberhavel neu aufgestellt. Zum Entwurf vom 21.04.2015 wurde bis zum 31.08.2015 die Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit durchgeführt. Derzeit werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet. Der Entwurf enthält für das Plangebiet keine zeichnerischen Festlegungen. Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.	Kenntnisnahme. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen
noch 201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	30.03.16	Eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung kann für den BP Nr. 40 „Ziegeleiweg“ dann festgestellt werden, wenn der Geltungsbereich des 2004 aufgestellten BP „Wohnungsbau am Ziegeleiweg“ vollständig im Geltungsbereich des BP Nr. 40 „Ziegeleiweg“ aufgegangen ist und/oder das „alte“ BP-Verfahren eingestellt worden ist (wir bitten die Stadt Kremmen hiermit um eine entsprechende Information über die Einstellung des Verfahrens zur Aktualisierung unserer Daten im PLIS) und der BP Nr. 57 als BP der Innenentwicklung gemäß 13a BauGB geführt werden kann (und dies in der Begründung zum BP entsprechend nachvollziehbar dargelegt wird).	Die Bezeichnung Nr. 40 bezieht sich auf den ehemaligen Bebauungsplan "Ziegeleiweg Nordost". Der jetzige Bebauungsplan "Ziegeleiweg" wird mit der Nr. 60 weitergeführt. Die Daten im PLIS werden entsprechend aktualisiert. Der Bebauungsplan Nr. 57 wurde als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB aufgestellt. Damit ist diese Voraussetzung zur Anpassung an die Ziele der Raumordnung erfüllt.
			Wir gehen nach wie vor davon aus, dass auf der Ebene der Flächennutzungsplanung zusätzliche Wohnsiedlungsflächen dargestellt sind, die nicht als „Innenentwicklung“ im Sinne des LEP B-B zu werten sind und daher die Flächennutzungspläne aktuell nicht an die Ziele der Raumordnung angepasst sind. Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 02.12.2015 und empfehlen eine Überprüfung der Planungsziele und Darstellungen in den FNP.	Die Stadt Kremmen stellt in ihrem Teilflächennutzungsplan zusätzliche Wohnbauflächen zwischen Bahnlinie und Altstadt dar, die voraussichtlich über die Entwicklungsoptionen des LEP B-B hinausgehen. Der Hinweis auf eine Überprüfung der Planungsziele wird zur Kenntnis genommen

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
202	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde Oberförsterei Neuen-dorf	30.11.15	Bei der geplanten Maßnahme ist kein Wald im Sinne des § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) betroffen. Weiterhin ist Wald als angrenzende Fläche nicht durch diese Änderung berührt.	Kenntnisnahme, im Bereich der 13. Änderung des FNP ist kein Wald im Sinne des § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) betroffen. Abwägung nicht erforderlich
203	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Baudenkmalpflege			ohne Antwort
204	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Bodendenkmalpflege	26.11.15	im Bereich der genannten Planung sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Als brandenburgische Fachbehörde für Bodendenkmale weisen wir jedoch darauf hin, dass nach dem „Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24.Mai 2004“ (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) folgende Verpflichtungen bestehen: 1. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o.ä., entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).	Kenntnisnahme, Abwägung nicht erforderlich die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG). Bauausführende sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren.	
205	Landesamt für Bauen, Wohnen und Verkehr (LBV)	26.11.15	Belange nicht berührt	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
206	Landesbetrieb Straßenwesen			vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
207	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuerung	22.12.15		vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
208	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	30.11.15	<u>Geologie</u> Weitergehende geologische und geotechnische Informationen zum Vorhaben, die uns aus Erdaufrschlüssen (Bohrungen etc.) und Fachabteilungen vorliegen sowie geochemische und geotechnische Laboruntersuchungen können gegen Gebühr angefordert werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, in unserem Archiv geologische Kartenwerke einzusehen und Kopien davon zu erwerben. Auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht wird gemäß §§ 3, 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 des Lagerstättengesetzes vom 04.12.1934 (RGBl. I S. 1223; BGBl. III 750-1), zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 10.11.201 (BGBl. I S. 2992), verwiesen.	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV)	01.12.15		
	Wasserwirtschaft		Es befinden sich im Änderungsbereich des FNP keine Grund- bzw. Oberflächenwassermessstellen des Landesmessnetzes. Etwa 4 Meter südlich des Weges „An der Mühle“ verläuft ein Graben, ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach	Kenntnisnahme, die Hinweise werden in der weiteren Planung beachtet Abwägung nicht erforderlich

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>§ 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Wir weisen darauf hin, dass der zuständige Unterhaltungsverband beteiligt werden sollte.</p> <p>Da der Bereich des Vorhabens Gewässerrandstreifen einschließt, weisen wir auf das WHG hin. Es enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p>	derlich
	Gewässer- und Anlagenunterhaltung West – W24		Die Belange des Referates W24 hinsichtlich wasserwirtschaftlicher Anlagen, Hochwasserschutz und Überschwemmungsgebiete sowie Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung des Landes werden bei der Änderung des FNP im Bereich „Ziegeleiweg“ der Stadt Kremmen nicht berührt.	Kenntnisnahme, Abwägung nicht erforderlich
210	Zentraldienst der Polizei Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst	23.11.15	<p>Es ergeben sich keine konkreten Anhaltspunkte auf das Vorhandensein von Kampfmitteln auf der o.g. Fläche ergeben. Es ist deshalb nicht erforderlich, Maßnahmen der Kampfmittelräumung durchzuführen.</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten dennoch Kampfmittel gefunden werden, weise ich Sie darauf hin, dass es nach § 3 Absatz 1 Nr.1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg - KampfmV) vom 23.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil 11 Nr. 30 vom 14.12.1998, verboten ist entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Sie sind verpflichtet diese Fundstelle gemäß § 2 der genannten Verordnung unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen.</p> <p>Dieses Schreiben ersetzt ein Protokoll über die Absuche nach Kampfmitteln als Bescheinigung der Kampfmittelfreiheit.</p>	<p>vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen</p>
401	Zweckverband Kremmen	401		ohne Antwort
402	e.dis Regionalbe-	19.11.15	hiermit erhalten Sie unsere grundsätzliche Zustimmung zu o.g. Vorhaben.	Kenntnisnahme, die Hinweise werden in

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
	reich West		<p>Da keine direkten Belange der E.DIS edis durch den Planentwurf betroffen sind, bestehen unsererseits keine Einwendungen.</p> <p>Im Plangebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Eventuell notwendige Umverlegungen dieser Anlagen sind vom Erschließungsträger zu beantragen. Auf dieser Grundlage werden wir dem Antragsteller ein Angebot für die Umverlegung unserer Anlagen unterbreiten. Als Anlage übersenden wir Ihnen Planunterlagen mit unserem Anlagenbestand. Diese Unterlage dient nur als Information und nicht als Grundlage zum Durchführen von Bauarbeiten. Wir bitten unseren Anlagenbestand jedoch bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Für die Erschließung der neuentstehenden Bebauung ist der Ausbau unseres Versorgungsnetzes erforderlich.</p>	<p>der weiteren Planung beachtet Abwägung nicht erforderlich</p>
404	GDMcom	24.11.15	<p>Keine Einwände gegen das Vorhaben Aufgabe: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, die GDMcom erneut zu beteiligen. Diese Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Netz- und Speicherbetreiber bzw. -eigentümer gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden in der weiteren Planung beachtet Abwägung nicht erforderlich</p>
405	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	01.12.15	<p>Bei Baumpflanzungen ist ohne Sicherungsmaßnahmen ein Abstand zu Leitungen von mindestens 2,5 m von der Rohraußenkante und Stromkabel zu den Stammachsen einzuhalten. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind in Abstimmung mit der NBB Schutzmaßnahmen festzulegen. Ein Mindestabstand von 1,5 m sollte jedoch in allen Fällen angestrebt werden. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind nur flach wurzelnde Bäume einzupflanzen, wobei gesichert werden muss, dass beim Herstellen der Pflanzgrube der senkrechte Abstand zwischen Sohle Pflanzgrube und Oberkante unserer Leitungen und Kabel mindestens 0,3 m beträgt. Weiter ist zwischen Rohrleitung / Kabel und zu dem pflanzenden Baum eine PVC-Baumschutzplatte einzubringen. Der Umfang dieser Einbauten ist im Vorfeld protokollarisch festzuhalten. Beim Ausheben der Pflanzgrube ist darauf zu achten, dass unsere Leitungen/</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden in der weiteren Planung beachtet Abwägung nicht erforderlich</p>

Seite 3 von

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>Kabel nicht beschädigt werden. Wir weisen darauf hin, dass bei notwendigen Reparaturen an der Leitung/ Kabel der jeweilige Baum zu Lasten des Verursachers der Pflanzung entfernt werden muss.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.</p>	
507	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	04.12.15	<p>Generell sehen wir Parallelverfahren von FNP- und B-Planungen kritisch. Die zur Bebauung vorgesehenen Flächen liegen im Außenbereich. Diese wurden daher richtigerweise im von der Stadt 2001 erstellten FNP als Flächen für Land- und Forstwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen. Bei den Wiesenbereichen handelt es sich teilweise um nach §30 BNatSchG geschützte Biotope, besonders die dort befindlichen Feldsolle. Eine beabsichtigte Melioration der Bereiche wird abgelehnt. Die Flächen dienen momentan als Versickerungsflächen. Teile der Flächen befinden sich in einer Niederung, besonders der östliche Teil der Fläche befindet sich in einer Senke. Weitere Bereiche sind von Obstbäumen, Feldgehölzen und kleineren Ackerflächen geprägt. Eine Bebauung dieser Areale wird aufgrund ihrer Wertigkeit seitens der Naturschutzverbände nicht befürwortet. Darüber hinaus schätzen wir den Bereich aufgrund seiner Funktion als Versickerungsfläche für eine Bebauung als ungeeignet ein.</p> <p>Ferner erfolgten die Untersuchungen im Bereich, insbesondere zum Brutvogelvorkommen jahreszeitlich zu spät, so dass hier nur von Vermutungen ausgegangen werden kann. Eine qualifizierte Bewertung des Gebietes ist somit nicht möglich.</p> <p>Das Planungsgebiet ist gemäß den Untersuchungen zum Gebiet ein Nahrungshabitat von mehreren Fledermausarten. Eine Kompensation des Verlustes ist durch das alleinige Anbringen von Fledermauskasten nicht erfüllt. Weiterhin heißt es im Gutachten auf Seite 7, dass mit Amphibien und Reptilien im Gebiet nicht zu rechnen ist. Diese Aussage kann von uns auf Grund der Biotopausprägung nicht nachvollzogen werden. Ferner wurden die Aufnahmen nicht in der Vegetationsperiode durchgeführt (Potenzialstudie) und können somit nicht als vollständig angesehen werden. Weitere Kartierungen sind im Vorfeld der weiteren Planungen</p>	<p>Die zur Bebauung vorgesehenen Flächen liegen im Außenbereich, eine Bebauung ist daher nur mit Aufstellung eines Bebauungsplans möglich. Der Flächennutzungsplan stellt die Flächen überwiegend als Flächen für die Landwirtschaft dar. Die Planungsziele der Stadt haben sich aber für den in Rede stehenden Bereich geändert. Aufgrund der Lage unmittelbar angrenzend an Siedlungsflächen sowie verkehrsgünstig angebunden an den Bahnhof Kremmen sollen die in Rede stehenden Flächen zu Wohnbauflächen entwickelt werden. Zur ökologischen Bedeutung der Flächen, insbesondere zum Vorkommen geschützter Biotope und/oder dem § 44 BNatSchG unterliegender Arten vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			dringend notwendig Wir bitten um eine weitere Beteiligung am Verfahren.	
602	Stadt Oranienburg	26.11.15	Hinsichtlich des o.g. Vorhabens bestehen seitens der Stadt Oranienburg keine Bedenken.	Kenntnisnahme Abwägung nicht erforderlich
603	Gemeinde Oberkrämer	19.11.15	Gegen die o.g. Planungen bestehen keine Einwände. Es werden keine Belange der Gemeinde Oberkrämer berührt.	Kenntnisnahme Abwägung nicht erforderlich
604	Stadt Nauen	20.11.15	Die Belange der Stadt Nauen werden nicht berührt..	Kenntnisnahme Abwägung nicht erforderlich
605	Gemeinde Fehrbellin	26.11.15	Zum betreffenden Planentwurf gibt es keine Anregungen; unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Gemeinde Fehrbellin sind nicht erkennbar.	Kenntnisnahme Abwägung nicht erforderlich
607	Lindow (Mark)	19.11.15	Anregungen und Hinweise zu o.g. Planungen, die Berücksichtigung finden müssen, gibt es unsererseits nicht.	Kenntnisnahme Abwägung nicht erforderlich

